



WWW.ECONSTOR.EU

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Langhammer, Rolf J.

**Book Review**

[Book Review of] Neuer Protektionismus in der  
Weltwirtschaft und EG-Handelspolitik, Baden-Baden,  
Nomos Verl.-Ges., 1985

Weltwirtschaftliches Archiv

**Provided in cooperation with:**

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Langhammer, Rolf J. (1987) : [Book Review of] Neuer Protektionismus  
in der Weltwirtschaft und EG-Handelspolitik, Baden-Baden, Nomos Verl.-Ges., 1985,  
Weltwirtschaftliches Archiv, ISSN 0043-2636, Vol. 123, Iss. 2, pp. 385-387, <http://hdl.handle.net/10419/2136>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche,  
räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts  
beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen  
der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu  
vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die  
erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use  
the selected work free of charge, territorially unrestricted and  
within the time limit of the term of the property rights according  
to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and  
declares to comply with these terms of use.*



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft  
Leibniz Information Centre for Economics



den meisten Kapitalexporthändern angeboten werden. Kap. 8 schließt das Buch mit einer Zusammenfassung und wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen ab. Erneut wird hierbei die Erosion des internationalen Eigentumsschutzes durch die abnehmende Konzentration der Auslandsinvestoren betont; solange es den USA (und, so darf man ergänzen, den anderen Kapitalexporthändern) nicht gelingt, ihre Auslandsinvestoren zu einem uniformen Verhalten gegenüber politisch riskanten Ländern zu „bewegen“ (also eine quasi-monopolistische Reaktion zu erzeugen), wird es bei der Schwächung der Auslandsinvestoren gegenüber den Regierungen in Kapitalanlageländern bleiben. Aber: Ob ein solch freundlicher staatlicher Zwang zu uniformem Verhalten nicht aus übergeordneter Sicht skeptisch zu beurteilen wäre, steht dahin.

Das Buch ist flüssig geschrieben und lädt fachlich nicht vorgebildete Leser zu einer streckenweise interessanten Lektüre ein. Dennoch leidet es an einigen Schwächen: So erscheinen dem Rezensenten an manchen Stellen die Urteile des Autors als zu „dezidiert“, insbesondere was ökonomische Zusammenhänge und Literatur anbelangt. Auch die wenigen angeblich aktuellen Daten sind mit Patina besetzt (was damit zusammenhängt, daß Lipson seine Daten und ganz generell seine Informationen sehr weitgehend aus nicht allzu aktuellen Quellen rezipiert), und schließlich scheinen kontinentaleuropäische Investitionen, Investitionsschutzmaßnahmen und Literaturquellen für Lipson – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – fast überhaupt nicht zu existieren, obwohl eine Behandlung der Thematik ohne Berücksichtigung kontinentaleuropäischer Entwicklungen ganz zweifellos defizitär bleibt. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Titel des Buches – wie in diesem Fall – eine globale Abhandlung der Materie suggeriert und nicht die tatsächliche Konzentration der Arbeit auf die USA und Großbritannien anzeigt.

Paulgeorg Juhl

**Neuer Protektionismus in der Weltwirtschaft und EG-Handelspolitik.** Jahreskolloquium 1984. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Hrsgg. vom Vorstand des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 24, Baden-Baden 1985. Nomos Verlagsgesellschaft. 160 S.

Dieser Sammelband enthält die überarbeiteten Fassungen der Referate, die anlässlich des Jahreskolloquiums 1984 des Arbeitskreises Europäische Integration in Bremen gehalten wurden. Im Eingangsaufsatz versucht D. Lorenz, der Importprotektion aus außenhandelstheoretischer Sicht Geltung zu verschaffen, indem er der neoklassischen Theorie eine Vernachlässigung der „volkswirtschaftlichen Transformations-Kapazität“ vorhält. Sie sei gleichgewichtsorientiert und daher außerstande, dieses Problem als Stabilitäts- und Strukturproblem ernsthaft zu analysieren (S. 13). Parallel dazu sei auch die Außenhandelspolitik auf eine bloße „negative“ Liberalisierungspolitik reduziert und berücksichtige zu wenig die Möglichkeiten, die eine „positive“ Liberalisierungspolitik im Sinne „dosierter“ Anpassungspolitik (cum Protektion) böte. Insgesamt argumentiert Lorenz ganz im Sinne der „fallacy of composition“-These: Der weltwirtschaftliche Strukturwandel könne durch das gleichzeitige Auftreten vieler angebotsstarker Exporteure im Welthandel (beispielsweise der NICs) überfordert werden und neuen Protektionismus induzieren, der letztlich den Exporteuren schade. Liberale Außenhandelspolitik dürfe daher nicht dogmatisch betrieben werden, sondern mit dem Blick auf „angemessene Proportionen und Strukturen dynamischer internationaler Arbeitsteilung“.

Lorenz' Sicht kann nicht nur deshalb nicht überzeugen, weil er den empirischen Nachweis der „fallacy of composition“-These schuldig bleibt und offen läßt, was er unter „dosiert“, „angemessen“ bzw. „Strukturpolitik“ versteht und, vor allem, wer darüber zu entscheiden habe, wenn schon nicht der nach seiner Meinung oft zu zerstörerische Wettbewerb. Zum Widerspruch reizt es auch, wenn er einerseits die neoklassische Theorie des Denkens im Gleichgewicht beschuldigt, gleichzeitig aber selbst dem Gleichgewichtsdenken verfällt, indem er angemessenen Proportionen im Welthandel und damit der Steuerung der Allokation durch politische, d.h. staatliche Maßnahmen in Richtung einer Art Gleichgewichtspfad mit möglichst geringem „under-“ bzw. „overshooting“ das Wort redet. Lorenz mißversteht die moderne Außenhandels-theorie. Diese ist in eine Theorie zur Erklärung internationaler Wachstumsunterschiede eingebettet und argumentiert in Ungleichgewichtskategorien, so beispielsweise, wenn sie Vorläufer wie Nachzügler im Wachstumsprozeß zu identifizieren versucht und Ankoppelungsanreize gerade aus der Dynamik der ungleichgewichtigen Wachstums-schübe und -verzögerungen begreift. Es ist gerade diese Ungleichgewichtigkeit, die dem „fallacy of composition“-Argument empirisch den Boden entzieht, da Exporteure nach allen bisherigen empirischen Studien wegen ihrer Heterogenität niemals gleichzeitig mit den gleichen Gütern den Weltmarkt „verstopft“ haben.

In einem weiteren Referat erstellt S. Schultz eine Art Inventar von Protektions-maßnahmen im industriellen Bereich mit Schwerpunkt auf der EG. Auch wenn in dieser Arbeit erheblich mehr über die Art als über die Wirkungen der einzelnen Protektionsmaßnahmen gesagt wird, so werden doch die Akzente richtig gesetzt, wenn Bilateralismus, Korporativismus und Diskriminierung als wichtige Trends in der inter-nationalen Handelspolitik angesprochen werden. Seine Konklusion ist jedoch unbefriedigend: Man solle realistisch an den Abbau der Hemmnisse herangehen. Zu viel könne nicht auf einmal erwartet werden aus politischen, aber auch aus technischen Gründen. Ein derartig unverbindliches Schlußwort stünde einem Politiker, nicht jedoch einem Analytiker gut zu Gesicht; so bleibt der Eindruck haften, der Autor halte die volkswirt-schaftlichen Kosten der Protektion doch für gering und sei bereit, eine allgemeine Reliberalisierung zugunsten „anderer gesellschaftspolitischer Ziele“ (welcher?) zu ver-wässern. Eine derartige These verkennt völlig, daß Liberalisierung, will sie erfolgreich sein, ein kumulativer Prozeß sein muß, weil mit Liberalisierung die Marktinterdependenz zunimmt und damit auch die Anforderungen an die Kohärenz eines wirtschafts-politischen Maßnahmenpakets.

Leider setzt sich die „Possibilistensicht“ in den weiteren Referaten fort. E. Rhein nimmt die EG gegen Protektionsvorwürfe mit dem Argument in Schutz, andere seien auch nicht freihändlerischer oder sogar protektionistischer. Die Restprotektion der EG sei gering und somit auch ihre „ökonomische Relevanz“; einen Restabbau zu fordern sei „unrealistisch“ und teilweise auch „nicht erstrebenswert“. Dem Ökonomen erschließt sich die Logik derartiger Thesen nicht. An ihn sind sie wohl auch weniger gerichtet als an Verhandlungstaktiker oder Politiker.

K. Meessen diskutiert aus rechtspolitischer Sicht Verfahren der Konfliktbeilegung im internationalen Handelssystem. Er endet mit der Forderung nach einem flexiblen polyzentrischen System, das Hegemonien ebenso ausschließt wie Dominanz vieler schwacher Staaten dank des „one country, one vote“-Prinzips. Was fehlt, ist die Erörterung von Möglichkeiten von Individuen, nicht nur die Kosten des Protektionismus im Rechtssystem verankert zu sehen, sondern auch den Nutzen, beispielsweise durch ein Klagerecht auf Beibehaltung eines erreichten Liberalisierungsniveaus.

- In den weiteren Referaten plädieren
- W. Godley aus englischer Sicht für eine koordinierte Expansion der europäischen Wirtschaften, um des Beschäftigungsproblems Herr zu werden,
  - P. Maillet aus französischer Sicht für „mehr Gemeinschaft anstatt höheren und dauernden Außenschutzes“, nicht für „mehr gemeinsamen Markt durch höheren Außenschutz“, d.h. bei ihm Protektion auf kurze Sicht, um langfristig die Gemeinschaft wieder nach außen öffnen zu können, und
  - A. Pfaller nach Abwägung verschiedener Szenarien für eine europäische Wachstumsstrategie zur Neutralisierung der Niedriglohngefahr, um danach gestärkt eine „entspanntere Haltung sowohl gegenüber der Niedriglohnkonkurrenz als auch der Hochtechnologiekonkurrenz an den Tag zu legen“. Daß eine derartige Strategie gerade nicht durch einen flankierenden Importschutz getragen werden sollte, sondern durch einen Liberalisierungsschritt, wird von ihm nicht in Betracht gezogen.

Fazit: Der Sammelband läßt die Erwartungen an eine theoretisch wie empirisch fundierte Behandlung des Themas unerfüllt. Vieles bleibt schwammig und nicht zu Ende gedacht, teilweise auch auf reine Semantik reduziert. Dem Rezensenten fällt dazu H.G. Johnsons Äußerung ein, nach der Politiker die fatale Eigenschaft hätten, sich immer nur mit suboptimalen Lösungen von Problemen zu beschäftigen und zu befremden. Dies gilt wohl nicht nur für Politiker.

Rolf J. Langhammer

**Runge, Harry**, Haushaltsfinanzierung durch Notendruck. Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 360. Berlin 1986. Verlag Duncker & Humblot. 69 S.

Der Mißbrauch des staatlichen Notenausgabemonopols hat Deutschland in diesem Jahrhundert bereits zwei große Inflationen beschert. Das Gesetz über die Deutsche Bundesbank sieht deshalb in § 20 für die Kreditgewährung der Notenbank an öffentliche Verwaltungen eine strikte quantitative Begrenzung vor. Aber seitdem sich die Blicke des Bundesfinanzministers alle Jahre wieder in begehrtlicher Weise auf den von der Bundesbank erwirtschafteten Bilanzgewinn richten, ist das Thema „Haushaltsfinanzierung durch Notendruck“ erneut aktuell. Die gleichnamige Schrift von Runge stößt daher mit Sicherheit auf ein nicht geringes Interesse.

Diskutiert wird die Möglichkeit, die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben allein durch staatliche Geldschöpfung sicherzustellen und damit auf jedwede (konventionelle) Besteuerung zu verzichten. Den Nachteilen der ständigen Geldentwertung und des Verlusts eines potentiellen fiskalpolitischen Lenkungsinstruments stünden dabei – wie Runge meint – einige gewichtige Vorteile gegenüber (S. 61 ff.): Einsparung von Kosten der Steuererhebung, sofortige Verfügbarkeit der benötigten Finanzmittel, keine Fehleinschätzung der zu erwartenden Einnahmen, keine Steuerhinterziehungen und Steuerwiderstände, Übersichtlichkeit, Einfachheit und, für den Staatsbürger, die Befreiung von der Besteuerung durch den Staat (was bekannterweise nicht richtig ist) und von der Notwendigkeit, bei der Steuerveranlagung selbst mitzuwirken. Die negativen Auswirkungen der Inflation werden, Runge zufolge, demgegenüber meist überschätzt. Denn erstens ließe sich die künftige Inflationsrate im vorliegenden Fall korrekt antizipieren, so daß sich die Wirtschaftssubjekte an die zu erwartende Geldentwertung rechtzeitig anpassen könnten, und zweitens sei im Durchschnitt mit einer Geldentwertung zu rechnen, die sich mit jährlichen Inflationsraten von 17 – 20 vH (S. 65 f.) in durchaus